

Reformperspektiven und die Mühen der Ebene

Beispiel Berlin

Die Richtung der in Berlin für die Grundschulen eingeleiteten Reformen stimmt! Der Reformperspektive »von der Stundenschule zur Ganztagschule« stimmen wir als Grundschulverband zu. Viele der in diesem Zusammenhang jetzt »verordneten« Reformmaßnahmen haben wir als Grundschulverband jahrzehntelang gefordert. Aber bei der Umsetzung in eine »flächendeckende« Alltagspraxis stimmt leider vieles (noch?) nicht!

Hatte Cäsar nicht wenigstens einen Koch dabei?

Sie kennen BRECHTS »Fragen eines lesenden Arbeiters«? »Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? ... Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch dabei?« (BRECHT 1967, S. 656). Wer verwirklicht die nach PISA für Deutschlands Grundschulen in Gang gebrachten Reformen zur Qualitätsverbesserung? Wer baut die Häuser des Lernens, wie dies das NRW-Gutachten schon 1995 empfahl (BILDUNGSKOMMISSION NRW, 1995, S. 77 ff.)? Wer verwandelt Stundenschulen in Ganztagschulen, in Schulen, in denen Kinder Zeit haben, miteinander zu lernen? Wer bringt die angestrebten Qualitätsverbesserungen konkret zustande? Die Politiker(innen) der Länderparlamente, die die bildungs- und haushaltspolitischen Rahmenbedingungen festlegen? Die den regierenden Parteien in den Ländern verpflichteten Schulminister(innen) mit ihren Verwaltungen, die Ziele vorgeben, Rechtsverordnungen erlassen, Lehrpläne und Leitideen entwickeln oder entwickeln lassen und vor allem wieder gewählt werden wollen? Oder die vielen Kinder und Erwachsenen in den Grundschulen, die die pädagogische Arbeit tatsächlich leisten? Die Lehrer(innen) und Erzieher(innen), die die Reformen umsetzen wollen oder sollen – oder beides zugleich! –, aber nicht immer können, weil notwendige Voraussetzungen fehlen? Und

die zumindest noch im Hinterkopf haben: »Skolä« heißt doch eigentlich »Muße«: Kinder brauchen Zeit für ihre Entwicklung, nicht pausenlose Hektik, nicht ständigen Wettbewerbsdruck.

Die Berliner Grundschulreformen dieser Jahre sind ein Lehrstück: Es genügt nicht, als Schulminister richtige Reformideen zu haben und schön klingende Leitbilder entwerfen zu lassen, man muss auch dafür sorgen, dass die in den Schulen tätigen Menschen die für die Bildung der Kinder wichtigen Reformen »flächendeckend« in Alltagspraxis umsetzen können.

»Alles – und zwar sofort«

Ab Schuljahr 2005/06 überrollen viele Reformvorhaben gleichzeitig die Berliner Grundschulen:

- Alle Kinder werden ein halbes Jahr früher eingeschult.
- Auf Zurückstellungen vom Schulbesuch wegen sogenannter mangelnder Schulfähigkeit wird grundsätzlich verzichtet.
- Die bisherigen Vorklassen in den Grundschulen werden abgeschafft. Die Bildungsförderung vor Beginn der Schulpflicht wird vom Elternhaus und von den Kitas erwartet. Die Horte der Kitas werden an die Grundschulen »verlagert«.
- Die Kitas werden zu »Bildungseinrichtungen« für die Zeit vor Beginn der Schulpflicht; es liegt ein anspruchsvolles Kita-Bildungsprogramm vor, das umgesetzt werden muss.
- Ab Schuljahr 2007/08 werden alle (!) Schulanfangsphasen jahrgangsübergreifend geführt, also in Lerngruppen, die aus Kindern der ersten beiden oder der ersten drei Jahrgangsstufen bestehen.
- Alle Berliner Grundschulen werden zu sogenannten Offenen Ganztagschulen (d. h. zu »Verlässlichen Halbtagschulen« mit zusätzlichen Hortplätzen für einen Teil der Kinder) oder – etwa 10% der Berliner Grundschulen – zu Gebundenen Ganztagsgrundschulen.
- Neue kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne mit teilweise neuen Lerninhalten (Naturwissenschaften in den Klassen 5/6 der in Berlin sechsjährigen Grundschule) sollen so umgesetzt werden, dass mehr individuelle Förderung und schulinterne Curricula Grundlage des Unterrichts werden.

- Alle Kollegien müssen ein Schulprogramm mit Zielfindung, Maßnahmenplanung, Umsetzung der selbstgewählten Entwicklungsprojekte und anschließender Selbstevaluation planen, umsetzen und kontinuierlich weiterentwickeln.
- Mit regelmäßigen Schulinspektionen wird die Qualitätsentwicklung überwacht.

Das ist viel Reform auf einmal! Und was die konkrete Umsetzung so vieler Veränderungen vor Ort für die in den Schulen tätigen Menschen konkret bedeutet, kann sich jeder vorstellen, der Grundschulen von innen kennt. All diese Reformmaßnahmen haben zwar eine mehr oder minder lange Vorgeschichte, dennoch ist die Gleichzeitigkeit der Umsetzung eine sehr große Belastung für alle Beteiligten.

Von der Stundenschule zur Ganztagsschule. Stimmt das Berliner Reformkonzept?

Inzwischen sind die meisten Baumaßnahmen an den Berliner Schulen durchgeführt und die Bundesmittel »Zukunft Bildung und Betreuung« (IZBB) weitgehend ausgegeben. Die Horte sind in den Schulbereich übertragen und die Erzieher(innen) haben an den Grundschulen ihren Dienst aufgenommen.

Eine für Eltern verwirrende Vielfalt von Grundschulen ist entstanden. Alle ca. 430 Berliner Grundschulen sind Verlässliche Halbtagschulen und müssen nun für Unterricht und Betreuung zwischen 7:30 und 13:30 Uhr verbindlich sorgen. Ob Fortbildung der Mitarbeiter(innen), gemeinsame Studientage, hoher Krankenstand oder sei es, dass Arbeitszeitverkürzungstage abgebummelt werden: Die Schule gibt den Eltern – egal wie – die Sicherheit, dass ihre Kinder im genannten Zeitrahmen versorgt sind. Alle Kinder haben die Möglichkeit ein Mittagessen zu erhalten.

Grundschulen mit Hortbetrieb werden im allgemeinen Sprachjargon als Ganztagschulen bezeichnet, als »Offene« oder »Gebundene« Ganztagschulen. Nur etwa 10% der Berliner Grundschulen sind inzwischen Gebundene Ganztagschulen, der Rest sind offene Ganztagsbetriebe, d.h. Halbtagschulen mit Ganztagsangeboten für einen Teil der Kinder. Nur Kinder, deren Bedarf vom zuständigen Schulamt anerkannt wird, können das offene Ganztagsangebot wahrnehmen, und Kinder in den 5. und 6. Klassen erhalten nur in Ausnahmefällen einen Platz. Der offene Ganztagsbetrieb produziert auch weiterhin »Lückekinder«.

Hinter mancher Gebundenen Ganztagschule verbirgt sich eine teilgebundene Schule. An diesen Schulen gibt es nur jeweils einen oder zwei vollgebundene Züge. Die übrigen Klassen sind als Verlässliche Halbtagsgrundschule organisiert: Nach dem Unterricht bzw. nach 13:30 Uhr gehen die Kinder nach Hause oder – wenn die Eltern ihren Bedarf geltend machen konnten – in den Hort der Grundschule.

Für die Eltern von Schulanfängern ist es keine leichte Aufgabe, sich einen Überblick über das Angebot an Schulen zu machen. Sie müssen herausfinden: Welchen Ruf hat die Schule in meinem Einzugsbereich? Was hört man so über das Schulprogramm und die Lehrer und Lehrerinnen? Macht die Schule altersgemischten Anfangsunterricht? Ist sie Gebundene Ganztagschule oder Offene Ganztagschule? Welche »Module« brauche ich? Was kostet was? Wie sehen die Räumlichkeiten vor Ort aus? Ist dort gute Ganztagschule überhaupt möglich? Und überhaupt: Wie wird denn nun Unterricht, Förderung und Spielzeit im kindgerechten Sinne rhythmisiert? Nach welchem Konzept wird pädagogisch gearbeitet? Gibt es attraktive zusätzliche Aktivitäten, Arbeitsgemeinschaften – wenn ja, welche? Existieren Kooperationsverträge mit der Musik- oder Kunstschule? Das sind immer wiederkehrende Fragen von Eltern.

Inzwischen liegen die »Leitbilder« der Senatsbildungsverwaltung für die gebundenen und offenen Ganztagschulen vor (DER SENAT VON BERLIN 2002 und 2004). Darin stehen viele schöne Sätze. Ja, so stellen auch wir uns eine gute Ganztagsgrundschule vor! Aber mit schönen Sätzen ist es nicht getan. Im Leitbild steht zum Beispiel: »*Aus der Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Stadtteil entsteht das pädagogische Credo einer »Netzwerkschule im Lokalen Bildungsverbund«*« (DER SENAT VON BERLIN 2004, S. 19). Gut und schön! Kaum steht die Ganztagsgrundschule auf dem Papier wird sie schon zur »Netzwerkschule im Lokalen Bildungsverbund«. Da wird die von Einsparungen geplagte Jugendhilfe noch ein Wörtchen mitreden wollen. Alle im Sozialraum wissen: Ohne zentrale Steuerung wird nicht viel passieren. Auch wenn in Einzelfällen – oft von der Persönlichkeit der einzelnen Akteure abhängig – schon gute Erfahrungen in der Kooperation von Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe im Stadtteil gemacht wurden, wird sich das neue Verhältnis nicht ganz einfach gestalten. Beide – Jugendhilfe und Schule – pflegten in der Vergangenheit oft ein eher distanzierendes Verhältnis. Die Annäherung und enge Zusammenarbeit wird sich hoffentlich langsam entwickeln, tradierte Rollenklischees über die »Leistungsmaschine Schule« und über die »hehren Ziele der Sozialarbeit« müssen aber erst noch überwunden werden.

147 Millionen Euro sind viel Geld für das bankrotte Berlin. Aber was bleibt am Ende für jede Schule übrig, wenn sich neue Gebundene Ganztagschulen gründen und wenn gleichzeitig alle Berliner Horte an die Schulen verlagert werden? Es war von Anfang an zu befürchten, dass die angestrebten und jetzt verkündeten Grundschulreformen unter dem Druck des Finanzsenators keinen zusätzlichen Euro kosten dürfen.

Der innovationsfreudige Pädagoge sagt ja zur Reform, der umsichtige Pädagoge fragt sich, wie soll es gehen? Oder ganz praktisch: »Wie soll das an unserer Schule gehen?« Die Pädagog(inn)en kennen ihre Schulgebäude: Oft fehlt es in den ungepflegten Gebäuden an Räumen und die Ausstattung hält den Standards der viel beschworenen neuen Unterrichts- und Lernkultur keineswegs stand. Dem Mobiliar, der technischen Ausstattung sieht man die vielen Jahre des Gebrauchs an. In den Innenstadtbezirken kommen meist zu kleine unattraktive Schulhöfe hinzu. Der Zwang zum Sparen hat fast überall sichtbare Spuren in den Schulen hinterlassen.

Meist blieb es in den letzten Jahren dem Zufall überlassen, ob die Schulämter der Bezirke – zuständig für die äußeren Angelegenheiten der Schulen – die Schulentwicklung unterstützen und den Einzelschulen konkret hilfreich zur Seite standen. Zur Zeit mehren sich zermürbende Kämpfe um Räume, Reinigungsqualität, Bereitschaftsdienste der Hausmeister oder die Instandsetzung bzw. Ersatzbeschaffung der wenigen Spielgeräte. Die oft überfälligen Reparaturen haben bei der Umgestaltung auf den Schulhöfen mit den IZBB Mitteln Vorrang. Dabei stehen meist nicht die Erfordernisse an ein anregungsreiches Lernumfeld für Kinder im Vordergrund, sondern die prekäre Finanzlage der bezirklichen Schulträger.

Das Leitbild gibt Auskunft über die neuen Aufgaben

Die Anforderungen an die Berliner Schulleiter(innen) sind immens gestiegen; über eine Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung wird zwar nachgedacht – bisher hat sich noch nichts geändert. Die Anzahl der Mitarbeiter(innen) hat sich durch die Reformen schlagartig erhöht. Es wird nicht einfach werden, die Teambildung zwischen den neuen Erzieher(innen) und den Lehrer(innen) zu befördern, damit gemeinsam Neues entstehen kann. Die Schulleitung in ihrer *»Promotorenfunktion muss Innovationen nicht allein in Gang setzen, jedoch muss sie das Kollegium motivieren und förderliche Rahmenbedingungen schaffen, sodass Lehr-*

kräfte und Erzieher bereit sind Neuland zu betreten ...« Die Lehrer und Lehrerinnen »haben eine Balance zu finden zwischen ihrer individuellen Verantwortung für ihren Unterricht und ihrer Lerngruppe, der Teilhabe an unterschiedlichen Teams und der Entwicklung ihrer Schule ... Damit verbunden ist ein grundlegender Wandel vom individualisierten Berufsverständnis zur Kooperation in der gemeinsamen Arbeit im Kollegium an der Schulentwicklung.« »Erzieherinnen und Erzieher beteiligen sich in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Lehrkräften an der Gestaltung der VHG und der Ganztagsangebote« (DER SENAT VON BERLIN 2004, S. 25–27).

Die neuen Aufgaben auf möglichst viele Schultern zu verteilen klingt tröstlich. Aber die Realität ist eine andere: Hinter all diesen Aufgaben hinkt das gültige Arbeitszeitmodell für die Pädagoginnen und Pädagogen weit hinterher. In der Aufgabenbeschreibung für die Lehrer(innen) und Erzieher(innen) sind neben der eigentlichen Arbeit mit den Kindern die Zeitfenster für Kooperation, Konferenzen, Schulentwicklungsarbeit, individuelle Beratung für Kinder und deren Eltern sowie die Vor- und Nachbereitungszeit viel zu knapp bemessen.

Es werden im Leitbild aber noch andere hilfreiche Akteure genannt, vor allem die Eltern. In der Ganztagsgrundschule sollen veränderte Formen der Kooperation erprobt werden, Eltern sollen mehr als Hilfskräfte bei Schulfesten sein, sie können in einzelnen Phasen des Unterrichts Betreuungsaufgaben wahrnehmen, bei Projekten unterstützen, Arbeitsgemeinschaften und Hausaufgabenbetreuung anbieten oder sich an sonstigen schulischen Veranstaltungen (z.B. Schülerfahrten) beteiligen. Wie sollen berufstätige Eltern das auch noch schaffen? War nicht eine der wesentlichen Beweggründe für diese Reform, Beruf und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen? Eltern in den Brennpunktschulen brauchen oft selbst viel Beratung und Zuwendung. Wer kann da mit geeigneten Helfern im Schulalltag rechnen? – Und, wichtig seien auch die außerschulischen Partner: *»Offene Ganztagschulen bieten allen Beteiligten im Sozialraum vielfältige Kooperationsformen und -gelegenheiten. Den sozialen Kontext der Kinder und die Ressourcen des Stadtteils gilt es einzubeziehen ...«* (DER SENAT VON BERLIN 2004, S. 29). Bedauerlicherweise werden der Jugendhilfe in letzter Zeit ganz massiv die Ressourcen gestrichen. Wer soll das im Stadtteil sein, der den verarmten Schulen Leistungen unentgeltlich anbieten kann? Die Antwort bleiben die Leitbilder und Texte in anderen Hochglanzbroschüren schuldig. Es gibt viele Anbieter, die den Schulen attraktive Angebote machen. Viele wittern eine Chance, in der Kooperation mit den Ganztagschulen das eigene Überleben abzusichern. In den Zeiten hoher Arbeitslosigkeit durchaus verständlich. Im Gegensatz zur Gebundenen Schule müssen die Eltern für das Modul »Hortbetreuung

zwischen 13:30 bis 16 Uhr« in den Offenen Ganztagschulen bezahlen. Mit finanziellen Aufwendungen für Zusatzangebote sind die Eltern in den sozialen Brennpunkten der Stadt überfordert. Das Nebeneinander von kostenfreier Gebundener Ganztagschule und kostenpflichtigem Betreuungsplatz ist ein bildungspolitisch unhaltbarer Zustand!

Woran hapert's bei der Umsetzung? Ein Fazit nach 6 Monaten

Die Öffentlichkeit stellt hohe Erwartungen und Anforderungen an die Einzelschule. Auf allen Beteiligten – Senatsbildungsverwaltung, bezirkliche Schulämter, Pädagog(inn)en an den Schulen – lastet eine hohe Verantwortung. Alle täten gut daran, die Aufgaben gemeinsam anzugehen. Gemeinsam wäre der Überblick besser, was geht und was geht (noch) nicht. Was muss (von wem?) getan werden, damit alles nicht nur irgendwie läuft, sondern gut läuft. Schließlich soll doch am Ende eine noch bessere Grundschule entstehen.

Natürlich wissen immer alle, wer schuld ist: Schuld hat immer der andere. Die Schulen am Ende der Entscheidungsketten müssen besonders viel aushalten. Der politisch verantwortliche Bildungssenator sorgt für die Reformideen und für Leitbilder. Wenn die Umsetzung nicht klappt, dann liegt es an den Lehrer(inne)n oder daran, dass die Schulämter in den Bezirken ihre Aufgaben nicht erfüllen. In den Schulämtern ist man eigentlich willig, aber man gibt ihnen nicht die notwendigen finanziellen Mittel. Wen wundert es, dass viele Pädagog(inn)en an den nach wie vor unterfinanzierten Grundschulen inzwischen ständig über fehlende Ressourcen und über Lern- und Verhaltensschwierigkeiten der Kinder klagen?

Die Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes hatte im September 2005 unter dem Motto »Reformen ja! So nicht!« zu einem Grundschulforum eingeladen. Folgende als äußerst unzufrieden stellend erlebte Problemfelder wurden identifiziert:

1. Offene Ganztagsbetriebe sind nur Verlässliche Halbtagsgrundschulen plus Hort

Offene Ganztagsbetriebe müssen in absehbarer Zeit zu Gebundenen Ganztagschulen werden, damit alle Kinder mehr Zeit in der Schule haben. Der ganze Tag in der Schule muss ein pädagogisch gestalteter Tag sein. Dies kann nur gelingen, wenn alle Kinder einer Grundschule ihre Tage in der Schule verbringen dürfen und wollen. Mehr Zeit

für alle Kinder heißt auch: Allen Kindern muss die Teilnahme möglich sein; der Bedarfsnachweis muss deshalb schnellstens entfallen. Das Nebeneinander kostenpflichtiger Offener Ganztagsgrundschulen und weitgehend kostenfreier Gebundener Ganztagsgrundschulen ist hoch problematisch.

2. *Das Musterraumprogramm mit seinen Mindestangaben erweist sich für viele Schulen als Katastrophe*

Egal wie viel Kinder tatsächlich im Hort angemeldet wurden, stehen nach den behördlich festgelegten Raumstandards der Schule nur folgende Räume zur Verfügung: ein zusätzlicher Gruppenraum (45 qm!) pro Zug; Küche/Essensausgabe/Spüle (0,25 qm je Mensaplatz); Mensa/Speiseraum (1,2 qm pro Teilnehmer/3 Durchgänge). Glück haben Schulen, deren Schulämter sich nicht an die Mindestangaben halten, weil das viel zu wenig ist. Viele Schulen klagen über zu kleine, pädagogisch ungeeignete Räume. Die Reform der Bauprogramme und eine zeitgemäße Anpassung der Schulbauten an die Erfordernisse von Kindern und Erwachsenen, die ganze Tage in den Schulhäusern verbringen, ist unerlässlich.

3. *Untaugliches Arbeitszeitmodell verhindert die erforderliche Kooperation der Pädagogen vor Ort*

Soweit möglich kooperieren die Erzieher(innen) einige wenige Stunden pro Woche mit den Lehrer(innen) im Unterricht und die Lehrer(innen) bieten, soweit der Schule Mittel aus dem Topf »Soziale Stadt-Werteausgleich« zur Verfügung gestellt werden, Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag an. Insgesamt aber ist das derzeit gültige Arbeitszeitmodell völlig untauglich. Die Arbeitszeit von Erzieher(inne)n und Lehrer(inne)n muss so verändert werden, dass sie den Bedürfnissen der Kinder, den Anforderungen an eine veränderte Lern- und Erziehungskultur sowie einer förderlichen Kooperation aller Beteiligten (Eltern, soziale Dienste, Vertreter aus dem schulischen Umfeld) gerecht werden kann.

4. *Verbesserte finanzielle Bedingungen für den Primarbereich*

Die chronische Unterfinanzierung der Pädagogik im Primarbereich muss abgebaut werden. Kinder dieser Altersstufe brauchen die beste Förderung. Die Grundschulen müssen viel besser ausgestattet werden.

5. *Bedarfsgerechte, professionelle Prozessbegleitung und Steuerung*

Nur eine faire Zwischenbilanz der Reformen könnte Fehlentwicklungen auf allen Ebenen vorbeugen und verdeutlichen: Wer muss für was auf welcher Ebene die Verantwortung übernehmen, Lösungen suchen

und die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Berliner Grundschule einsetzen?

Die Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes fordert seit langem eine ehrliche Bestandsaufnahme. Die Mitglieder des Schulausschusses im Abgeordnetenhaus lehnten einen entsprechenden Antrag einer der Oppositionsparteien kürzlich mehrheitlich ab. Was hinderte sie eigentlich daran, ihrer politischen Kontrollfunktion nachzukommen und die dringend erforderliche Zwischenbilanz zum Stand der konkreten Umsetzung der eingeleiteten Grundschulreformen einzufordern?

Ausblick

Ganztagsgrundschulen können gelingen, aber wir stehen erst am Anfang. Es gibt noch viel zu tun. Die Kinder, die ganze Tage an einer Schule verbringen, haben ein Anrecht auf bestmögliche Bildung, Förderung und Betreuung von Anfang an. Ihre Lehrer(innen) und Erzieher(innen) brauchen die dazugehörigen Räume, wohlwollende Unterstützer in den Verwaltungen und Zeit (!!!), um den berechtigten Ansprüchen ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

In absehbarer Zeit sind die grundsätzlichen Schwachstellen der Reform zu korrigieren:

Das Nebeneinander von wenigen weitgehend kostenfreien Gebundenen Ganztagsgrundschulen und vielen Halbtagsgrundschulen mit kostenpflichtigen Ganztagsangeboten für einen Teil der Kinder darf kein Dauerzustand werden. Es bedarf einer sorgfältigen Festlegung von ausreichenden räumlichen und personellen Mindeststandards. Investitionsmaßnahmen für kindgerechte Um-, An- und Neubauten sind unumgänglich! Dabei müssen auch geeignete Arbeitsplätze für alle Pädagog(inn)en geschaffen werden. Und schließlich: Um als gleichberechtigte Pädagog(inn)en in den Ganztagsgrundschulen gemeinsam arbeiten zu können, brauchen Erzieher(innen) und Lehrer(innen) die gleichwertig beste Ausbildung. Dies schließt ein verändertes Tarifrecht und einheitliche Arbeitszeitmodelle für beide Professionen ein.

Literatur

- BRECHT, B.: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Bd. 9, Frankfurt/M. 1967
BILDUNGSKOMMISSION NRW: Zukunft der Bildung. Schule der Zukunft.
Neuwied 1995
DER SENAT VON BERLIN: Gesamtkonzept für die Ganztagsbetreuung von
Grundschulkindern (Drucksachen 15/758 u. 15/1114) Berlin 2002
DER SENAT VON BERLIN: Leitbild für die offene Ganztagsgrundschule
(Drucksachen 15/2905 u. 15/2905) Berlin 2004